

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 111 (2017)
Heft: 10

Artikel: Getrennte Wege? : Russische Orthodoxe Kirche und russischer Staat
hundert Jahre nach der Revolution
Autor: Elsner, Regina
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-731332>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 29.06.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Getrennte Wege?

Russische Orthodoxe Kirche und russischer Staat hundert Jahre nach der Revolution

In Russland stehen sich heute Staat und Kirche sehr nahe. Aber die Kirche wird nicht einfach instrumentalisiert oder die Politik klerikalisiert. Die Suche nach einer stabilen Identität, traditionellen Werten und eindeutigen Antworten auf die Moderne bringen Staatsführung und Kirchenleitung nach Jahrzehnten der gewaltsamen Trennung zusammen. Hat diese Harmonie Bestand?

2017 jähren sich sowohl die Russische Revolution als auch das Landeskonzil der Orthodoxen Kirche in Russland (15./28. Aug. 1917–7./20. Sept. 1918) zum hundertsten Mal. In einer für die Kirche neuen Situation institutioneller und theologischer Unabhängigkeit legten die KonzilsteilnehmerInnen damals die Grundlage für zahlreiche kirchliche Erneuerungen und formulierten ihren Wunsch nach Unabhängigkeit vom Staat. Gleichzeitig bestand die Kirche auf einer Bewahrung ihrer Privilegien als historisch, moralisch und kulturell staatstragender Institution. Die Bolschewiki wandten sich jedoch radikal gegen jeden Einfluss und jedes öffentliche Wirken der Kirche. In ihren Augen war die Kirche eng mit dem monarchischen System verbunden und hatte als «Opium für das Volk» ein stärkeres Selbstbewusstsein der einfachen Menschen verhindert. Die rigorose Religionspolitik der bolschewistischen und später sowjetischen Regierung führte zu einer massiven Unterdrückung und Verfolgung der Kirche und der Gläubigen. Nur durch Kompromisse mit der Staatsmacht konnte die Kirche in der Sowjetunion überleben.

In den 1990er Jahren ermöglichte eine äusserst liberale Religionspolitik

die Wiedergeburt der Russischen Orthodoxen Kirche (ROK), aber auch das Erstarken und die Verbreitung anderer Religionen. Der Konkurrenz finanziell starker religiöser Gemeinschaften aus dem Ausland war die russische Kirche weder institutionell noch theologisch gewachsen. In Erinnerung an die historisch enge Verbindung mit dem russischen Herrscher suchte sie nach einer kurzen Phase der Unabhängigkeit erneut die Unterstützung des Staates zur Stärkung ihrer Position. Ende der 1990er Jahre – in der politischen Situation des drohenden Zerfalls der Nation und angesichts eines enormen gesellschaftlichen Identitätsvakuums – fiel ihr Appell zur Wahrung der Einheit des Volkes und zu dessen moralischer und kultureller Stärkung auf fruchtbaren Boden.

Das bis heute geltende Religionsgesetz von 1997 sichert den sogenannten «traditionellen Religionen» – der orthodoxen Kirche, dem Judentum, dem Islam und dem Buddhismus – eine privilegierte Stellung zu. In einem rechtsstaatlichen Format scheint heute somit das Konzept des Landeskonzils von 1917/18 verwirklicht: eine unabhängige Kirche, die in ihrer vorrangigen öffentlich-

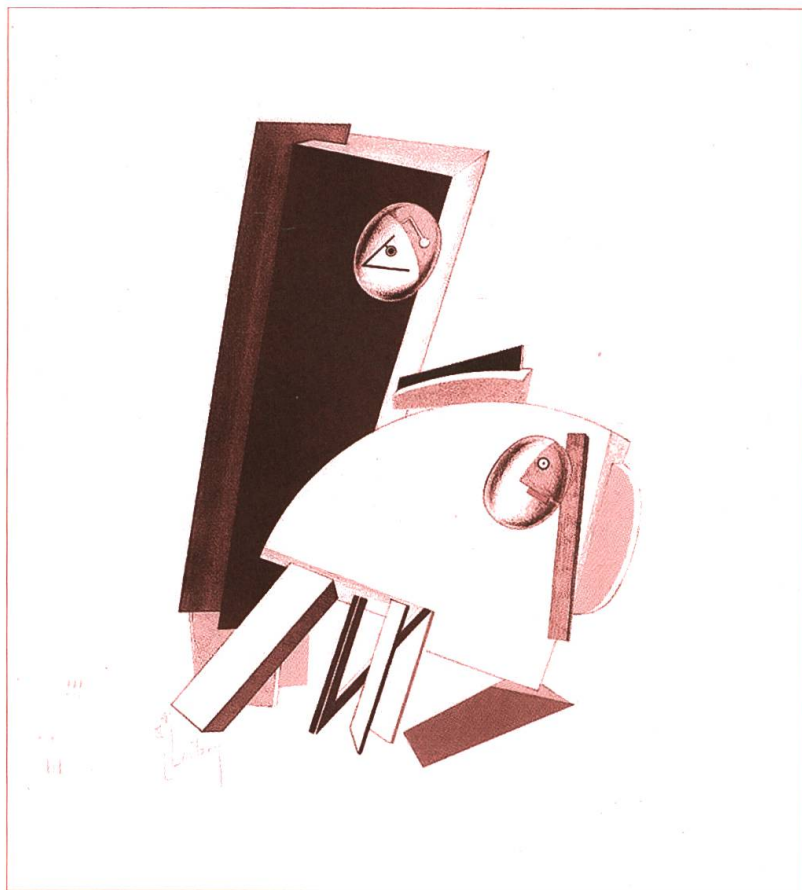


rechtlichen Stellung anerkannt wird. In der aktuellen Situation, angesichts eines autoritären politischen Systems, wird die erneuerte enge Verbindung von Kirche und Staat allerdings zunehmend problematisch.

Repression mit kirchlichem Segen?

Die gegenwärtige Position der ROK wird oft als Politisierung der Kirche und neue symphonische Verschmelzung von Kirche und Herrscher beschrieben. Bilder von gemeinsamen Auftritten von Patriarch Kirill und Präsident Putin prägen die öffentliche Wahrnehmung. Besonders aufsehenerregend waren in den vergangenen Jahren eine Reihe von Gesetzgebungen, die trotz ihres repressiven Charakters die offizielle Unterstützung der ROK fanden. Im Juni 2013 wurden als Folge des Falls «Pussy Riot» verschiedene Gesetzesänderungen zum «Schutz religiöser Gefühle» verabschiedet, die vorrangig gegen kirchenkritische AktivistInnen eingesetzt werden. Im Sommer 2016 wurden im Rahmen einer Reihe von Gesetzesänderungen, des sogenannten «Jarowaja-Pakets», im Religionsgesetz zusätzliche Bestimmungen zur Einschränkung missionarischer Tätigkeit festgeschrieben, die ursprünglich islamistische Prediger betreffen sollten. Sie werden jedoch in erster Linie gegen «nichttraditionelle» religiöse Gemeinschaften angewendet, also gegen Freikirchen und neue religiöse Bewegungen.

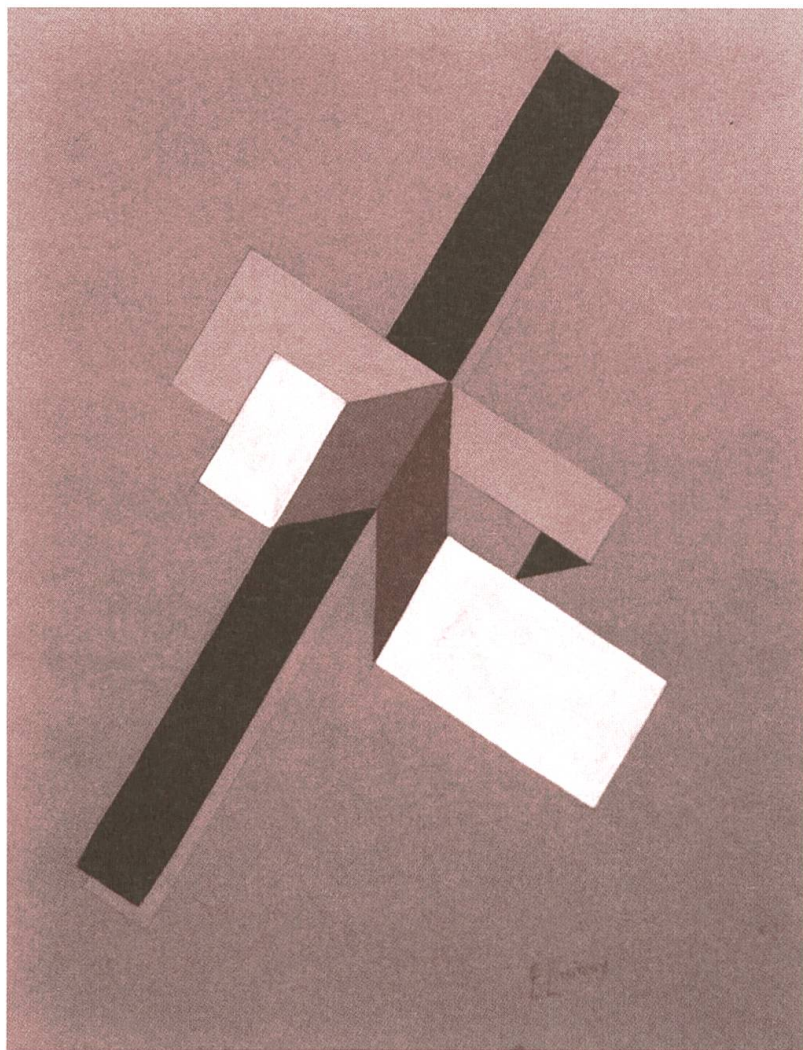
Kann es sein, dass die fast hundert Jahre lang verfolgte Kirche nun auf der Seite des repressiven Staates steht? Die ROK ist die grösste religiöse Gemeinschaft Russlands. In der Person von Patriarch Kirill hat sie den Vorsitz des «Interreligiösen Rates Russlands», der 1998 als Vertretungsorgan der sogenannten traditionellen Religionen Russlands gegründet wurde. In dieser Funktion und durch ihre mit Kooperationsverträgen geregelte Vernetzung mit den Ministerien nimmt sie an der Ausarbeitung von Gesetzen beratend oder spätestens in der Phase der parlamentarischen Überarbeitung korrigierend teil. Sie betont



die in der Verfassung verankerte Trennung von Kirche und Staat, sieht diese jedoch in erster Linie als Schutzmechanismus vor staatlichen Übergriffen in das kirchliche Leben.

Die Trennung bedeutet jedoch nicht, dass die Kirche sich in den privaten Bereich zurückzieht. Umfragewerte zeigen, dass sich etwa achtzig Prozent der Bevölkerung als orthodox identifizieren. Auch wenn dies nicht mit einer tatsächlichen Zustimmung zur orthodoxen Glaubens- und Morallehre gleichzusetzen ist, kann sich die Kirche als Vertreterin der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung verstehen. Darüber hinaus gilt die Kirche als zentrale Akteurin der historischen Identität Russlands, sie prägte die russische Geschichte über Jahrhunderte und transportiert das Geschichtsbild des erhabenen orthodoxen Vaterlands. Mit diesen beiden Faktoren wird der Anspruch der Kirche gerechtfertigt, entscheidenden Einfluss auf Fragen des Zusammenlebens in der Gesellschaft zu nehmen. Auch wenn viele gerichtliche Entscheidungen wegen angeblicher «Verletzung religiöser Ge-

El Lissitzky: Farbstiftlithografie «Ängstliche», 1923.
Bild: Creative Commons CC-BY-NC-ND (3.0 Unported)



Eine weitere Lithografie von El Lissitzky aus der Proun-Mappe. Der Name Proun ist ein Akronym für «Projekt für die Behauptung des Neuen», welches als Weiterführung des Suprematismus in die dritte Dimension verstanden werden kann.
Bild: Wikipedia Commons

fühle» auch unter Gläubigen der ROK grosses Unverständnis ausgelöst haben: Sie stehen im Einklang mit der offiziellen Position der ROK, dass der Staat zum Schutz der moralischen und geistlichen Unversehrtheit der Bevölkerung verpflichtet sei.

Fehlende Distanz macht blind

In der aktuellen, in Vladimir Putins dritter Amtszeit forcierten Konstruktion einer moralisch überlegenen Identität Russlands sind sich die Interessen von Staat und Kirche sehr nah. Auch die Diskriminierung Andersdenkender bzw. Anderslebender unter dem Deckmantel des «Schutzes Russlands vor destruktiven Kräften» wird so möglich und gerechtfertigt. Die Sehnsucht der Kirche nach dem byzantinischen Ideal einer Symphonie von Staat und Kirche macht sie blind für die Opfer dieser vereinheitlichenden Politik in einer modernen Gesellschaft, und sie hat zur

Konsequenz, dass der Protest gegen das korrupte und autoritäre politische Regime immer auch die Kirche trifft.

Der Eindruck einer kirchlichen Unterstützung für den repressiven Staat entsteht jedoch nicht nur durch das beiderseitige Interesse an einer wertkonservativen und homogenen Gesellschaft. Es darf nicht übersehen werden, dass die Mehrzahl der Anzeigen und öffentlichen Skandale wegen angeblicher Verletzung religiöser Gefühle von selbsternannten Verteidigern des orthodoxen Glaubens ausgehen. Sogenannte «orthodoxe AktivistInnen», aber auch lokale Priester, PolitikerInnen und RichterInnen unterstützen ohne Zögern die neue Kultur der Gekränktheit und Denunziation. Dies gilt im Übrigen auch für den massiven Einsatz orthodoxer Rhetorik durch PolitikerInnen und pro-russische AktivistInnen in der Auseinandersetzung mit der Ukraine, wo sich die Kirchenleitung bis heute nicht klar positioniert hat. Das Ausbleiben einer offiziellen kirchlichen Distanzierung zu offen hetzenden und oft gewalttätigen Exzessen gegen Andersdenkende im Namen der Orthodoxie stellt ihr Interesse an einer rechtsstaatlichen Gesellschaft weit mehr in Zweifel als die Beteiligung an Gesetzfindungsverfahren. Die Frage, ob die Kirchenleitung diese orthodoxen AktivistInnen selbst fördert oder aber von ihnen getrieben wird, ist allerdings nur schwer zu beantworten.

Russische Identitätspolitik

Die Suche nach einer starken russischen Identität nach dem Ende der Sowjetunion ist ein zentraler Faktor für die neue Verbindung von Staat und Kirche. Sergej Chapnin beschreibt in seinem Text *A Church of Empire*, wie der Versuch einer Demokratisierung nach westlichem Vorbild in den 1990er Jahren der Kirche zunächst eine Möglichkeit bot, an die Erfahrung theologischer Unabhängigkeit zum Beginn des 20. Jahrhunderts anzuschliessen. Die Wiedergeburt der Kirche nach der sowjetischen Verfolgung nährte sich zu einem grossen Teil

von Menschen, die diesen freiheitlichen, antisowjetischen Impuls der Kirche suchten. Das vor allem wirtschaftliche Scheitern Russlands in den 1990ern führte jedoch zu einer nachhaltigen Diskreditierung der demokratischen Idee in der russischen Gesellschaft – und in der Kirche.

Die neuen Versuche einer Identitätskonstruktion orientieren sich am Bild des Siegers über den Faschismus. Auch in Kirchenkreisen ist eine Idealisierung dieser Zeit zu beobachten, da eine umfassende Aufarbeitung der Geschichte der sowjetischen Diktatur bis heute nicht stattgefunden hat. Nur diese Idealisierung ermöglicht es der Kirche, die Zeit des militanten Atheismus nahtlos in das Narrativ des erhabenen Vaterlands einzubinden. Zentrale Elemente dieses Narrativs sind Einheit, geistlich-moralische Werte und die Abgrenzung gegen den Westen.

2012 erklärte Präsident Putin den Schutz «traditioneller Werte» (im Kern meint dies konservative Moralvorstellungen, den Schutz des klassischen Familienbilds und nationale Einheit und Souveränität) zu einem Schwerpunkt seiner dritten Amtszeit. Dieser Schwerpunkt illustriert die schrittweise Formierung einer staatlichen Ideologie, die von orthodoxer Rhetorik geprägt ist (etwa bei den Themen «ewiger Werte» und der Bedeutung der Tradition als Fundament der geistlichen Einheit des Volkes) und auf die Mobilisierung der national-konservativen Bevölkerungsteile sowie eine klare Trennung zwischen «Uns» und den «Anderen» abzielt.

Kirche liefert traditionelle Werte

Das Konzept der «traditionellen (Familien-)Werte» wurde bereits zu Beginn der 2000er Jahre durch die ROK und massgeblich durch den damaligen Metropoliten und heutigen Patriarchen Kirill ausgearbeitet. In einem programmatischen Artikel von 2000 betonte Kirill, dass der «Widerstand des konservativen Prinzips und einer traditionalistischen Weltsicht gegen die forcierte, um nicht

zu sagen gewaltsame Bestätigung neoliberaler Werte» der zentrale Konflikt der Gegenwart sei. Seitdem wurden zahlreiche Publikationen, Konferenzen und Stellungnahmen zu traditionellen Werten durch die Kirche initiiert. Eine besondere Bedeutung hat dabei das Grundlagendokument der ROK zu den Menschenrechten von 2008, das dem westlichen Konzept individueller Freiheitsrechte das Prinzip der Priorität kollektiver Werte gegenüberstellt.

Das politische Programm der dritten Amtszeit Putins hat der Kirche die Möglichkeit eröffnet, den Wertediskurs massgeblich in ihrem Interesse zu prägen. Bei aller plakativen Distanzierung von politischen oder wirtschaftlichen Interessen besteht doch in Fragen der Tradition und Moral ihre ausdrückliche – und gesellschaftlich anerkannte – Kompetenz. Ihr Konzept traditioneller Werte scheint als Textvorlage für politische Stellungnahmen zu dienen: Das Gesetz zum Schutz Minderjähriger vor angeblich schädlichen Informationen – so etwa über Homosexualität (2013) oder die Entkriminalisierung von häuslicher Gewalt als Schutz vor dem staatlichen Eingreifen in die Familie (2016) – entsprechen langjährigen kirchlichen Anliegen. Die aktuellen Strategien zur nationalen Sicherheit (2015) und zum Aufbau einer Informationsgesellschaft (2017) sprechen ausdrücklich vom Schutz der traditionellen geistlich-moralischen Werte Russlands. Der gegenwärtig von Kirche und Staat geplante «Rat für Kultur, Religion und internationale Angelegenheiten» beim Vorsitzenden des russischen Parlaments, der sich mit «Fragen des moralischen Klimas in der Gesellschaft, patriotischer Erziehung und der Prävention von kulturellem Extremismus» befassen soll, spricht für den wachsenden offiziellen Einfluss der ROK auf politische Entscheidungen.

Harmonie oder Vielfalt?

Das Verhältnis von Kirche und Staat in Russland war in den vergangenen hundert Jahren extremen Wandlungen

«Liefert mehr Panzer, Panzerabwehrge-schütze, Flugzeuge, Kanonen, Minenwer-fer, Maschinenge-wehre! Alles an die Front! Alles für den Sieg!» Propaganda-plakat von Lissitzky für die im Krieg stehende Sowjetunion. Das Plakat entstand 1941, seinem Todes-jahr.

Bild: Museum für Ge-staltung, Sammlung Margadant, Plakat-sammlung, Zürich



unterworfen. Es ist komplex und unter-scheidet sich von westlichen Modellen. Die Rede von einer Instrumentalisie-rung der Kirche oder von einer Klerika-lisierung der Politik greift zu kurz, denn in vielen Fragen sind sich die Interessen von Kirchenleitung und Staatsführung sehr nah. Die Suche nach einer stabilen Identität, nach eindeutigen Antworten auf die vielfältigen Herausforderungen der Moderne haben Staat und Kirche nach Jahrzehnten der gewaltsamen Tren-nung wieder zusammengeführt.

Die Ideologisierung der Politik in Putins dritter Amtszeit hat mit ihrer ausgeprägten religiösen Rhetorik der Kirche einen Wirkungsraum eröffnet, der letztere an vergangene Zeiten eines symphonischen Miteinanders erinnern mag. Neben der Tatsache, dass ein kri-tischer Blick in die Geschichte dieses harmonische Miteinander schnell als Fata Morgana entlarven kann, stösst die enge Verbindung von Kirche und Staat in der Gesellschaft zunehmend auf Wi-derstand. Dies zeigen die öffentlichen Proteste etwa bei der Frage der Übergabe von Kirchbauten oder der unverhältnis-mässigen strafrechtlichen Verfolgung von angeblicher Verletzung religiöser Gefühle.

Für die Bewertung der Position der Kirche ist zu beachten, dass sie nicht nur aus einer in die Politik verstrickten Kirchenleitung besteht. Zur Kirche ge-hören auch grosse Teile derjenigen, die gegen Repressionen, Korruption und die Politisierung der Kirche auf die Strasse gehen. Zu dieser Kirche gehören auch TheologInnen, die sich nach hundert Jahren erstmalig frei von staatlicher Be-vormundung mit dem theologischen Verständnis eines modernen Staates be-fassen. Erst im Sommer 2017 wurde die theologische Promotion als staatlicher Abschluss anerkannt. Dies hat eine brei-tere Diskussion über die Wissenschaft-lichkeit von Theologie in Russland an-gestossen. Vorrangig im Internet finden inspirierende und anspruchsvolle theo-logische Debatten statt, unter anderem zu Postsäkularismus und politischer Theologie, aber auch zum Zustand der ROK und ihren politischen Verstri-ckungen.

Diese Entwicklungen machen deut-lich, dass der postsowjetische theologi-sche Diskurs in Russland erst am Anfang steht. Zur Kirche gehören aber eben auch grosse Gruppen radikal konservativer und rechtspopulistischer Stimmungs-macherInnen, darunter Priester, Richter-Innen und PolitikerInnen, die im Namen der Orthodoxie hetzen. Die Zukunft des Staat-Kirche-Verhältnisses wird auch da-von abhängen, welche Haltung die Kir-chenleitung zu dieser innerkirchlichen Vielfalt und damit zur Vielfalt der mo-dernen russischen Gesellschaft sowie zur wachsenden, politisch forcierten Atmo-sphäre der Intoleranz findet. ●

Literatur

Thomas Bremer: *Kreuz und Kreml. Geschich-te der orthodoxen Kirche in Russland*. Freiburg i.Br., 2016.
Sergej Chapnin: *A Church of Empire*, in: First Things, November 2015; www.firstthings.com/article/2015/11/a-church-of-empire
Alexander Agadjanian: *Turns of faith, search for meaning: Orthodox Christianity and Post-Soviet experience*. Frankfurt/Main, 2014.

Regina Elsner, *1979, ist katholische Theolo-gin und promovierte 2017 in Münster zum *Umgang der Russi-schen Orthodoxen Kirche mit Moderne und Modernisierung*. Sie ist Mitarbeiterin des Zentrums für Osteuropa- und in-ternationale Studien (ZOiS) in Berlin.

regina.elsner@web.de